



Redaction:
 Hauptplatz im Mittel'schen Reuegebäude
Expeditions- und Insertions-Bureau:
 Hauptplatz, S. Goldschneider's Buchhandlung.
 Für das Ausland übernehme Aufträge für
 Inserate die Herren Haasenstein & Vogler in
 Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., Basel u.
 die Bayer'sche Buchhandlung in Frankfurt a. M.
 und H. Schulz & Co. in Leipzig. — In
 Wien: H. Döppel und Haasenstein & Vogler.
 Manuscripte werden nicht zurückgeschickt.

Arader Zeitung.

Pränumerations-Preise.
 Für Arab: Mit Postversendung:
 Ganzjährig 14 fl. — fr. Ganzjährig 16 fl.
 Halbjährig 7 " " Halbjährig 9 "
 Vierteljährig 3 " 50 " Vierteljährig 4 "
 Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage
 nach den Sonn- und Feiertagen.

Nro. 213. **Mittwoch den 19. September 1866.** XV. Jahrgang.

Einladung zur Pränumerations

auf das vierte Quartal
 — **October, November, December 1866** —

„Arader Zeitung.“

Pränumerations-Preise:

für Arab		für Auswärtige	
mit täglicher Zustellung ins Haus:		mit täglicher Postversendung:	
Ganzjährig	14 fl. — fr.	Ganzjährig	16 fl. — fr.
Halbjährig	7 " "	Halbjährig	9 " "
Vierteljährig	3 " 50 "	Vierteljährig	4 " "
Monatlich	1 " 20 "	Monatlich	1 " 40 "

Wir erlauben uns hiemit zur Erneuerung, respective zum Beitritt zur Pränumerations höflich einzuladen, indem wir gleichzeitig die Bitte aussprechen, die Pränumerations um so gewisser **noch im Laufe dieses Monats** gültig veranlassen zu wollen, als wir zum Beginn des neuen Quartals — ohne Ausnahme — nur jene Exemplare versenden werden, welche bis zum 30. d. M. pränumeriert worden sind.

Die Pränumerationsgelder bitten wir **franco** einzusenden zu wollen.
 Arab im September 1866.

Die Administration.

Man wird zugeben, daß wo der gute Wille fehlt, die geforderten Bürgschaften sehr materieller Art und sehr weitgehend sein müssen. Sachsen kann nicht in das selbe Verhältnis zum Bundesstaate treten, wie die übrigen Bundesglieder, sofern es größere Sicherheit zu stellen hat. Die Anforderungen Preußens an einen sogenannten Mittelstaat müßten an sich schon größer sein, auch wenn dieser ihm nicht auf dem Schlachtfelde gegenüber gestanden hätte, noch katholische und unbedeutende Politik triebe. Andererseits ist es erklärlich, daß ein Staat wie Sachsen mehr als ein Kleinstaat die Einschränkung der Militärhoheit und diplomatischen Vertretung empfindet. Daher die Klammern, in der jetzt die sächsischen Vorkämpfer in Berlin stecken. Preußen setzt inzwischen, unbekümmert um den Gang der Verhandlungen, seine Bestrebungen an der Elbe auf Kosten der sächsischen Regierung fort. In Verbindung mit Pirna und dem Königsstein verschaffen ihm die neuen Schanzen diejenige strategische Basis, deren es gegen Wien bedarf, und welche das Jahr 1850 schmerzlich gar vermissen lassen. Kommt zu dieser Position noch die Garantie zweijähriger und brauchbarer militärischer Kräfte aus Sachsen, so ist dem Stachel der Wettin'schen Politik die Spitze abgebrochen.

Freilich könnte sich Preußen noch ein seiperes Bollwerk an der Elbe errichten. Voraus hatte denn die sächsische Politik seit fast zwei Decennien ihre Kraft, oder wenigstens den Schein ihres Rechtes und allen Angriffen gegenüber eine Stütze gewonnen? Sie suchte immer auf die Zustimmung des Landes, wie dieselbe in den Ständeverfassungen sich aussprach. Sie konnte wiederholt mit den von diesen letzteren bewilligten Mitteln Rüstungen gegen Preußen vornehmen und zuletzt in den blutigen Kriegen dieses Jahres sich stützen. Man überlege die durch einen Rechtsbruch ohne Gleichen reactivierten Stände und schaffe durch das Wahlgesetz vom November 1848 eine wirkliche Volksvertretung. Diese würde dem norddeutschen Bunde ein warmes Herz entgegenbringen und jeder specifisch Wettin'schen Politik die Stützen entziehen. Denn das liberale Element in Sachsen gehört Preußen an.

(Wir haben hier einer preussischen Stimme, welche in jedem Worte mit den von Preußen inszenierten Organen Deutschlands übereinstimmt, Raum gegeben und gezeigt, welches Schicksal Sachsen in Folge der preussischen Gewaltmaßregel bevorsteht. Preußen ist entschlossen, Sachsen als traditionellen Feind zu behandeln; möge Preußen an dem kleinen Sachsen nicht verbluten. Oesterreich bietet in der schiedlich-höflichen Frage ein lehrreiches Beispiel. (Nun. d. Red.)

Wien, 17. September.

Die heutige „Wiener Abendpost“ bringt das folgende Dementi:
 „Die „No. 10. Allg. Stg.“ will erfahren haben, FML. Baron Gablenz sei mit seiner Meinung über die künftigen Beziehungen Oesterreichs zu Preußen in einem so entschiedenen Gegensatz zu den Ansichten maßgebender Kreise gerathen, daß man nicht nur das Project seiner Ernennung zum Kriegsminister wieder aufgegeben, sondern ihn gewissermaßen auch veranlaßt habe, der unfehlwilligen Beseitigung durch die eigene Bitte um Versetzung in den Disponibiltätsstand zuzustimmen. An all dem ist kein wahrer Wort.“

FML. Baron Gablenz hegte schon seit längerer Zeit der Wunsch sich zur notwendigen Stärkung seiner angegriffenen Gesundheit einige Ruhe gönnen zu dürfen. — Das Herannahen und der Ausbruch des letzten Krieges ließen jedoch diesen tapferen, vielbewährten General jede andere Rücksicht beiseite setzen, um freudig dem Rufe seines Monarchen durch Uebernahme eines Commando's zu gehorchen, in dem er sich wie stets als tüchtiger Soldat und pflichtgetreuer Diener des k. k. Kaiserthums erprobt. Daß die erneuerten Anstrengungen während des Feldzuges gegen Preußen das frühere Bedürfnis nach körperlicher Erholung noch steigern mußten, ist eben so natürlich, als die bereitwillige Genehmigung seiner lediglich deshalb gestellten Bitte um Versetzung in die Disponibilität. Politische Gründe konnten hierbei um so weniger ins Spiel kommen, da sich bekanntlich österreichische Generale nur insofern und insoweit mit politisch beschaffigen, als eine besondere vom Monarchen ihnen anvertraute Mission dies fordert.

Beizufügen ist sonach nur noch, daß die angeblich beabsichtigt gewesene Ernennung des FML. Baron Gablenz zum Kriegsminister gleich der ganzen vorerwähnten Mittheilung der „No. 10. Allg. Stg.“ als völlig erdichtet bezeichnet werden muß.

Politische Uebersicht.

Arab, 18. September.

Ueber den Stand der Ausgleichsfrage mit Ungarn will die „Francia“ von Wien folgende Aufklärungen erhalten haben: Die Unterhandlungen sind weder abgebrochen noch beendet, zwei Sachen sind aber positiv. Das Ministerium Belcredi erklärte sich nämlich bereit, Ungarn ein besonderes Ministerium, entsprechend den 1848er Gesetzen zuzugestehen, knüpfte jedoch die Hoffnung daran, daß der Kontrakt, nachdem er die Genehmigung erhalten, seine Idee von der Rechtscontinuität Ungarns realisirt zu sehen, nicht zögern werde, die besagten Gesetze zu revidiren, die zum großen Theile mit der festen Existenz der Monarchie nicht vereinbar seien. Das Ministerium erkennt zugleich den von einer Subcommission ausgearbeiteten Gesetz-

Preußen über Sachsen.

(Original-Bericht der „Arader Zeitung.“)

Berlin, 14. September.

Die Friedensverhandlungen zwischen Sachsen und Preußen ziehen sich so sehr in die Länge, daß die Dauer der auf Abwicklung derselben verwandten Zeit auf den Grad der Mühe schließen läßt, welche die Erreichung eines nach beiden Seiten hin einigermaßen befriedigenden Resultates kostet. Der Minister v. Friesen ist schon drei Wochen in Berlin, der Legationsrath v. Zoller hat mehrere Male Dresden passiert, um nach Wien zu gehen und nach Berlin zurückzukehren, Militärbevollmächtigte verkehren unausgesetzt zwischen den beiden Regierungen, und zuletzt ist noch der Commandant der Festung Königsstein nach Wien berufen; man glaubte endlich, der Lösung der verwickelten Frage stündlich entgegengehen zu können, da meldet die officielle „Provinzialcorrespondenz“ aus Berlin, die Verhandlungen wären so weit, um ihren Anfang zu nehmen. Man darf sich indessen über die Schwierigkeiten nicht wundern, die diese Verzögerung verschulden. Die Friedensverhandlungen Preußens haben bis jetzt mit solchen Regierungen stattgehabt, die außerhalb des neu zu constituirten Bundes verbleiben, mit Ausnahme von Hessen-Darmstadt, das nur zu einem Theile in diesen Bund eintritt. Jetzt negotiirt Preußen mit einer feindlichen Macht, die ganz in den Bund aufzunehmen ist, und zwar gerade mit der Macht, die sich einem Ganzen anschließen soll, dem sie immer am hartnäckigsten widerstrebt hat, mit einer Regierung, die durch ihr bisheriges Verhalten gar keine Garantien für ihr künftiges gutes Einvernehmen bietet, die dabei in dem neuen Verbands die zweitmächtigste, und deren Träger der einzige Katholik im protestantischen Norddeutschland ist.

Wenn Preußen daher auf sichere materielle Bürgschaften einer dauernden und zuverlässigen Bundesgenossenschaft dringt, vielleicht solcher Garantien, welche die sächsische Regierung mit ihrer präsumirten Souveränität für unvereinbar hält, so daß zwischen den Ansprüchen haben und drüben noch eine weite Kluft auszufüllen bleibt, so ist das leicht erklärlich. Der preussischen Regierung fehlt so sehr aller Anhalt, um an den guten Willen der sächsischen zu glauben, daß sie sich für alle Fälle sichert. In Dresden freilich wächst die Verstimmung und Erbitterung täglich, je mehr die neuen Schanzen aus der Erde emporsteigen und die schönsten Anlagen davor zurückweichen, trotz aller Schonung, welche man preussischerseits dem schönen Elbflorenz erweist, um ihm nicht seinen cosmopolitischen Character als Sammelplatz von Gentlesolds aus aller Herren Länder zu nehmen, je mehr ferner es zur Gewißheit wird, daß der Königsstein, woran das Herz des Dresdener hängt, als an der sichern Zufluchtsstätte seiner Könige für ihre Person und ihre Hofbedienten in den kritischen Situationen, die seit Jahrhunderten periodisch für das städtige sächsische Königthum wiederkehren, in preussische Hände kommt, um den Schlüsselstein des neuen Befestigungssystems zu bilden, und je mehr endlich die Garnisonsverhältnisse der Hauptstadt in der Weise sich bestärken, daß künftig der sächsische Hof nur mit preussischen Truppen umgeben sein wird; aber die Gemüthlichkeit hört, wie in anderen Sachen, auch in politischen auf. Man würde selber in Sachsen über die preussische Regierung weniger rigoros denken, wenn man nur die folgenden Punkte ins Auge faßt.

König Johann hat noch in seinem letzten öffentlichen Acte, d. h. in seinem Entlassungsschreiben an Prin. v. Bentin, dessen Politik in einem Maße gebilligt und sich mit ihm identifizirt, daß man in Berlin billiger Weise sich fragen mußte, ob einer solchen offensibeln Kundgebung gegenüber, die mitten in den Versuch der sächsischen Regierung, Friedensunterhandlungen anzuknüpfen, es sich der Mühe lohne, eine Basis für Verhandlungen zu schaffen. Die Antwort der preussischen Regierung auf jenes Schreiben war die Anordnung neuer Befestigungen an der Elbe, um in dem Herzen desjenigen Bundesgliedes, von dem sich nicht viel Gutes erwarten ließ, die Defensivstellung gegen Oesterreich noch mehr zu sichern.

Die Demonstration des Königs Johann war um so bedenklicher, als seit dem Nicolburger Vertrage Preußen von dem folgenden Gesichtspuncte sich leiten lassen mußte. Sachsen verbandt der französischen Verwendung seinen Territorialbestand. Wohin wird also bei diesem Bundesgenossen die Waagschale sich neigen, wenn über kurz oder lang zwischen dem norddeutschen Bunde und die schon Frankreich längst befürchtete Verwicklung zum Ausdruck kommt? Was nicht in einem solchen Falle Preußen einen Feind im Rücken haben, den die Dankbarkeit zum Allirten Frankreichs macht, und der aus seiner Grenzberührung mit Oesterreich die Kraft ziehen könnte, um auch in seiner Kleinheit gefährlich zu werden? Nach Frankreich gravitirt Sachsen, seitdem es seine Truppen mit denen des ersten Empire bei Friedland, bei Wagram und an der Moskwa vereinigte, und wird es auch künftig gravitiren, nachdem das zweite Empire dem Hause Wettin den Thron gerettet hat. An Oesterreich aber festhalten die sächsische Dynastie gleichzeitig die katholischen Interessen, die traditionelle Politik seit dem zweiten schlesischen Kriege, und der jetzt in Böhmen ausgekämpfte Krieg. Die sächsische Armee, die jetzt bei Wien steht, klist mit dem Tegen bei dem bloßen Gedanken, der norddeutschen Armee unter irgend einer Form angefügt zu werden. Sie wird freilich dem in Berlin abzuschließenden Frieden sich fügen müssen, mit oder ohne Waffen heimkehren, um nach preussischem Muster organisiert zu werden und einen Theil eines preussischen Armeecorps, vielleicht die Garnison preussischer Städte zu bilden. Aber es ist wohl bekannt, daß das Officiercorps in preußenfeindlicher österreichischer Umgebung der Versöhnung mit den norddeutschen Cameraden vollends entfremdet, zum größten Theile seine Dienste in dem Heere Sr. apostolischen Majestät des Kaisers Franz Josef nehmen wird. Dieser wichtige Bestandtheil des sächsischen Heeres und Volkes wird den Zusammenhang mit dem Vaterlande zu erhalten wissen und es nicht dahin kommen lassen, daß die Amalgamation zwischen Sachsen und Preußen sich so bald vollzieht. Ein großer Theil der Bevölkerung entspricht dieser Abneigung ganz und gar. Man schmeigt sich an Oesterreich wie an einen unglückseligen, während gleichzeitig der Napoleoncultus, der Einem in Sachsen schon früher auf Schritt und Tritt entgegentrat, neue Verehrer gefunden hat. Die großartigen Feierlichkeiten, mit denen der König und die Armee empfangen werden sollen, und deren Vorbereitung jetzt alle Welt beschäftigt, sind daher vorzugsweise auf eine Demonstration gegen Preußen berechnet. Sie gewinnen in dem Grade täglich an Dimension, als die Verstimmung gegen die den Frieden dictirende Regierung sich steigert und man das restaurirte Königthum zum preussischen Basaltenthum begrabirt findet.

graphischen Gesellschaft
 derjenige Theil von
 einfachen beziehen, die
 vom oberen Laufe
 östlich vom Äquator
 rone und Almonta-
 Die Existenz dieser
 eine Thatsache; die
 wie man sagt, schon
 noch ein kleineres
 die Perionen nur die
 dern erreichen sollen.
 deshalb glaube ich
 Denichen. In Zanzib-
 el von zwei Fuß.
 im Äquator wohnt;
 nach den Sonaltes
 Konigreiche Ohera,
 umielegt, dickköpfig
 Schreien ist auch
 veröffentlicht wor-
 geographische Studien

Zeitung“.

heutige „Moni-
 e Lavalette's deren
 die Coalition der
 er Circularnote —
 Preußen, sichere
 reichland, bezüglich
 nachahmend, nä-
 falls uns genähert
 und italienischen
 ntrirend, repräsen-
 5 Millionen Em-
 die durch abso-
 merionen. — Die
 die Nothwendig-
 ung des Decres.

schriften.

leibt die Nachfrage
 seit unserm letzten
 n, und wurde für
 für 87—88 ab-
 gelegt; 85—86 ab-
 ragelt.

est gering.
 e) er erhalten sich
 0 fr. in Weitz en,
 10—15 fr.

onsum en detail

id heißt, der Horizont
 u in vielfachen Be-
 ist abauerd knapp.
 (u. s.) Auf dem
 ritus auch nüg-
 e daß aber durch
 Wir notiren heute
 „Sphitus“ 54 fr.
 bis bekannt.

artgehabten Verlo-
 e r e - A u k l e i h e
 gezogen, und zwar:
 714 gewinnt 4000
 9 und Nr. 20, 169
 21, 281, 39, 057,
 00 fl. G. M.

rse der Wie-
 ans bis zum
 zugekommen.

tion.

innen Sie, und die
 einzurenden, wo
 misprechen werden;

R.

21	—
21	—
14	—
19	—
11	—

08 75 109 —
 18 70 96 75
 28 — 129 —
 50 — 51 10

10 6 12
 10 6 12
 0 25 10 30
 10 65 10 70
 10 70 10 75
 13 20 13 33
 92 1 92 2
 28 — 128 20

en Reuegebäude

entwurf des letzten Landtages in Bezug auf die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten des Reiches als in ihrer Weisheit annehmbar an. Nur verlangt es Garantien für die Einheit der Armee und der Reichsfinanzen und da die Entscheidung von dem Landtage abhängt, will es sich in Beziehung auf diese Punkte der Majorität desselben sichern. Bisher drehten sich die Verhandlungen fast ausschließlich um Prinzipienfragen, die Personalfrage wurde nur im Vorbeigehen berührt.

Von woblunterrichteter Seite wird der „N. fr. Pr.“ gemeldet, daß durch französische Vermittlung in den Friedensverhandlungen zwischen Preußen und Sachsen die Selbstständigkeit der sächsischen Armee gesichert sei.

In Berlin hatte man von verschiedenen Seiten eine baldige Vertagung des Abgeordnetenhauses gewünscht und erwartet, weil man glaube, das dies das geeignetste Ausfluchtmittel sei, um einem Conflict zwischen Regierung und Kammer in der Anleihefrage aus dem Wege zu gehen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ vernichtet heute diese Hoffnung. Nach der entschiedenen Erklärung, sagt sie, welche der Finanzminister im Namen der Regierung über diese Angelegenheit in der Commission abgegeben hat, sei durchaus nicht anzunehmen, daß die Regierung eher zu einer Vertagung die Hand bieten werde, als bis das Votum über den bezüglichen Gesetzentwurf erfolgt ist. Sie läßt durchblicken, daß die Regierung, trotzdem das Abgeordnetenhaus die Annexion und das Wahlgesetz für das norddeutsche Parlament gebilligt hat, vor einer Auflösung des Hauses möglichenfalls nicht zurückschrecken werde. Das Volk sei für das unbedingte Vertrauen zum Ministerium, und eine Neuwahl würde dies im großartigsten Maßstabe ergeben.

Aus Petersburg wird der „National-Zeitung“ geschrieben: Murawiew ist todt. Er starb auf einem Gute bei Wluga; er entschlief nach einem Dinner und erwachte nicht wieder. Seine Freunde mögen sich für ihn freuen, daß er den Urtheilspruch des Gerichtshofes in der Attentats-Angelegenheit nicht mehr erlebt; er wäre für ihn eine harte Demüthigung gewesen. Dieser Urtheilspruch erkennt zwar die Todesstrafe über Karakoff und seinen Mitschuldigen am Attentat, Rablyn, aber sämtliche andere Angeklagte, die man ihrer „Gefinnungen“ halber in den Attentatsproceß hineingeschleift hatte, sind von dieser Mitschuld ausgeschlossen und ihre Schuld soll nach der gewöhnlichen Gerichtsprocedur geprüft werden. Murawiew's Tod löst sonst keine Rucke im russischen Staatsleben: Panduren findet man überall.

Aus Paris schreibt man: In dem am 12. d. M. abgehaltenen Ministerrath wurde beschlossen, den nächsten Interessencoupon der mexicanischen Obligationen, welcher bereits dem französischen Staatsschatz zur Last fällt, nicht auszubahlen, sondern ihn durch die amtliche Kundmachung zu erlösen, daß der gesetzgebende Körper die Umwandlung jener Obligationen in Spercentige französische Rente zu votiren hat. Die französische Regierung verliert in Mexico mindestens 650 bis 700 Millionen Franken, wenn der Kaiser Maximilian die rechtzeitige Abdankung dem ihm dringend angethanen Terrorismus vorzieht oder der Versuch einer Schreckensherrschaft mißlingt. Die ihm nachfolgende Nationalregierung wird, nach den Versicherungen der in Frankreich lebenden Consuln des Präsidenten Suarez von jener Schuld keinen Heller anerkennen oder bezahlen. Das Geschäft geht schlecht.

Präsident Johnson und sein Gefolge setzen ihre Rundreise in den Weststaaten fort. Man bereitet ihnen enthu-

siastischen Empfang. An einigen Orten indessen wurden die Reden des Präsidenten durch den Ruf: Verräther! unterbrochen. — Herr Johnson tadelt lebhaft den Congreß, indem er erklärt, daß die Massen ihm zu Hilfe kommen werden und daß die radikale Partei vernichtet werden wird.

Eine Rede Swards sagt, daß alle Versuche, welche gemacht worden, General Grant und Herrn Johnson von einander zu trennen, unnütz sein werden.

Man fürchtet, daß während des Aufenthaltes des Präsidenten in Chicago politische Unruhen dort ausbrechen dürften. Herr Johnson wird sich nach Saint Louis begeben.

Ein Convent Radicaler hat sich am 3. September in Philadelphia versammelt. Delegirte fast aller Südstaaten, die Generale Butler und Burnside und andere Radicale wohnten ihm bei. Die hauptsächlichsten Redner klagten den Präsidenten Johnson an.

Bezüglich des telegraphisch angezeigten Verbotes, welches dem französischen General Osmont und dem Militärattaché Briant die Annahme zweier mexicanischer Ministerportefeuilles verwehrt, bemerkt die „Patrie“, daß die Befugniß verweigert werden mußte, weil die Cumulirung dieser verschiedenen Functionen einer förmlichen, gegen den Charakter der französischen Politik in Mexico verstoßenden Intervention gleichgekommen sein würde. Sollten aber die gedachten Herren ihre Stellungen in der französischen Armee niederlegen wollen, so würde ihrem Verbleiben im mexicanischen Ministerium nichts im Wege stehen.

Aus Vera-Cruz, 25. August, wird amerikanische Blätter gemeldet, daß im Fort Saint Jean Villola mehrere der Verschwörung angeklagte Amerikaner gefangen gehalten und einer derselben erschossen werden soll. Man wird sich im imperialistischen Lager diese Erschießung wohl noch überlegen. Sie könnte gar ernste Folgen haben.

Die Bittschrift der Cretenser.

Die „Trierer Zeitung“ theilt den Wortlaut der Bittschrift mit, welche die epiratische Deputation an die in Corfu bei dem Könige sich aufhaltenden Gesandten von Frankreich, England, Ungarn und Preußen richtete; dieselbe lautet:

„Excellenz! Menschen, die von Augenblick zu Augenblick gewärtig sind, als Opfer des blinden Fanatismus der Türlük zu fallen, treten heute vor Ew. Excellenz, um die Gnade und das Erbarmen des hohen Herrschers zu ersuchen, dessen Verehrer Ew. Excellenz ist. Unsere Familien, und was wir auf Erden Verthoolstes haben, der Rache unserer Thronen überlassend, sind wir aus Epirus hieher gekommen, um im Namen von 20,000 unglücklichen Mitbürgern und Brüdern den Schutz des mächtigen Fürsten anzusuchen, dessen Verehrer Ew. Excellenz ist. Wenn das Menschlichkeitsgefühl der civilisirten Völker nirgends den Sklavenhandel duldet, werden wohl die Herrscher Europas die Nichtbeachtung der Verträge, die Wohlthaten, Verbannungen, Entseßungen und die blinde Wuth der türkischen Regierung gegen die armen Christen dulden? Was doch viel schlimmer noch als der unumkehrliche Sklavenhandel. Wir glauben es nicht. Da wir nicht länger das verhasste türkische Joch ertragen können, und unsern gänzlichen Ruin entgegengehen, bitten wir Ew. Excellenz, ihrer Regierung die trostlose Lage der Griechen von Epirus zu schildern, die alle nur einen heftigen Wunsch haben, das unerträglich türkische Joch abzuschütteln und die Vereinigung mit ihren Brüdern, den Griechen des freien Griechenlands bewerkstelligt zu sehen, be-

vor die epiratischen Gefilde aufs Neue mit griechischem Blute gefärbt werden. Corfu, den 17. August 1866. Folgen die Unterschriften.“

Der „Trierer Ztg.“ wird hiezu geschrieben: Die epiratische Regierung hat Verstärkungen nach Creta abgefordert. Vier amerikanische Fregatten sind in den Gewässern von Creta angekommen. Die Cretenser haben eine heilige Legion gebildet, eine Nachahmung der tapfern heiligen Legion des großen hellenischen Befreiungskampfes vom Jahre 1821. Der hiesige türkische Gesandte hatte vor einigen Tagen eine zweistündige Unterredung mit dem Premier, deren Inhalt eine neue Note der türkischen an die griechische Regierung war. Die Gesandten Englands und Preußens begaben sich vor Kurzem nach Epirus, um die dortige Lage in Ansehung zu nehmen. Der von den Räubern in Peloponnes gefangen gehaltene Deputirte Sotirapoulos wurde Montag wieder in Freiheit gesetzt, nachdem er das geforderte Lösegeld bezahlte. Vergangenen Dienstag fand in der Stadt patrouillen die Bande des Rikos zwischen Theben und Eleusis. Das Dunkel der Nacht begünstigte die That der Räuber. Rikos soll sich nach der Provinz von Korinth begeben haben. Nach Andern hält er sich in Megara verborgen, um bei günstiger Gelegenheit wieder in Attika einzufallen. Unsere Universität hat unlängst eine äußerst werthvolle Sammlung der ionischen Münzen, von den ältesten bis zu den neuesten, gegen 3000 Stück, angekauft. Die dazu erforderlichen 25,000 Drachmen wurden von dem in Jassy wohnenden reichen Fürsten Manusi der Universität zum Geschenke dargebracht. Die Ernennung von drei griechischen Gesandten nach Paris, London und Petersburg steht bevor. Sr. Maj. kehrt wahrscheinlich in acht oder zehn Tagen von Corfu nach der Hauptstadt zurück.

Neueres.

Hadersleben, 16. September. Eine sehr zahlreiche Versammlung von Bewohnern aller Theile Nordschleswigs erklärte sich entschieden gegen jede Theilung und sprach sich für die volle Vereinigung mit Preußen aus. Redner von der äußersten Rechten protestirten in dänischer Sprache gegen jede Theilung.

Florenz, 16. September. General Thauron di Revoel wurde zum Commissär ernannt, um mit dem französischen General Leboeuf und dem österreichischen General Möring die Fragen wegen des Kriegsmaterials und der Uebergabe der Festungen zu vereinbaren.

Man glaube, daß die Angaben der Wiener Journale über die künftigen Gesandten und die Handelsvereinbarungen verfehlt seien.

Kriegsbemerkungen.

Aus Trautena, 14. September wird der „N. fr. Pr.“ geschrieben: Endlich ist heute der erste Tag herangekommen, an welchem wir unsere lieben Mitbürger wieder in unserer Stadt empfangen können. Nachdem dieselben am 13. bis gegen 4 Uhr noch in Eilen saßen, wurde ihnen bekannt gegeben, daß sie durch die Gnade des Königs von Preußen entlassen werden. Abends konnten die Gefangenen nun unter Begleitung eines Officiers und einiger Soldaten mit der Marschroute über Reichenberg abziehen. Dort angekommen, wurden sie vom begleitenden Officier gegen Quittung an den dortigen Bürgermeister übergeben, der sie auch mit Freude und Innigkeit sammt den Stadträthen und vielen Einwohnern Reichenbergs empfing und

Genilleton.

Französische Zustände.

(Fortsetzung.)

Um so bekannter ist dagegen die Halbwelt. Sie ist es, welche dem Fremden zuerst entgegentritt und in die er sofort aufgenommen wird, wenn er nach Paris kommt. Ueberall in allen öffentlichen Häusern, sei es in Caffees, Bier- oder Speisehäusern, Theatern, Ballsälen oder sonstigen Vergnügungsorten, begegnet man zuerst und am zahlreichsten der Halbwelt oder doch solchen Leuten, die mit derselben Umgang pflegen. Gibt man sich aber nur etwas Mühe, diese öffentliche Gesellschaft näher zu prüfen, so wird man bald finden, daß man es hier nicht mit der ächten französischen Gesellschaft, sondern nur mit deren Abschraum oder kosmopolitischem Auswurf und mit Vergnügen suchenden Fremden zu thun hat. Sämmtliche Frauenzimmer, die man an diesen Orten findet, gehören der Halbwelt oder sind Fremde; eine Pariserin geht nicht mit ins Caffee- oder Bierhaus und noch weniger auf einen öffentlichen Ball, selbst in ihren Theaterbesuchen ist sie sehr wählerisch. Geht auch mancher Familienvater oder junge Mann aus guter Familie öfters ins Caffeehaus oder Theater, so wird er sich nur unter Seinesgleichen bewegen, dabei aber nie sich weiter mit den dafelbst gemachten Bekanntschaften einlassen oder dieselben gar in seine Familie einführen. Will man aber noch einen ganz bezeichnenden und entscheidenden Beweis, daß die Unsitlichkeit in Paris verhältnißmäßig keinesfalls so allgemein verbreitet ist, als in anderen Hauptstädten wie z. B. in Berlin, so mag genügen, daß auf den Pariser öffentlichen Bällen das männliche Geschlecht stets dreimal so stark vertreten ist als das weibliche, während in Berlin das Verhältniß fast umgekehrt ist. Auf dem Vergnügungsmarkt — dies ist der rechte Name für öffentliche Bälle in beiden Städten — in Paris ist also die Nachfrage stets größer als das Angebot, während in Berlin das Gegentheil stattfindet. Was würde aber erst aus Berlin werden, wenn es gleich Paris, das stets etwa 100,000 dort weilender fremder Vergnüglinge zählt, eine seiner Bevölkerungszahl entsprechende ähnliche Zahl von fremden Vergnüglingen beherberge, wenn es also anstatt 2 bis 3000 Fremden beständig 30 bis 35,000 derselben in seinen Mauern zählte!

Schon ein flüchtiger Vergleich der Frauenzuchten in beiden Städten dürfte genügen, um dieses Urtheil zu begründen. In Berlin gehen Mädchen und Frauen aller Stände zu Haus und auf der Straße während des Sommers stets in tief ausgeschnittenen Kleidern, während in Paris selbst die gefallenen Geschöpfe dies nicht thun und sogar in den öffentlichen Vergnügungsanstalten keine ausge-

schnittenen Kleider tragen, noch so schamlos sich bewegen, als dies in Berlin der Fall ist. Eine Pariser Bürgerfrau, die in Berlin ankam, hielt deshalb alle Frauen und Mädchen, die sie sah, für gefallene Geschöpfe, so unachtsam fand sie deren Betragen und Aeußeres. Man spricht und schreibt über die nicht zu leugnenden Schamlosigkeit der Pariser Theater, aber man darf nie aus den Augen verlieren, welcher Theil der Gesellschaft diese Theater besucht; die Halbwelt und Fremden herrschen dort fast ausschließlich vor.

Selbst auch zugegeben und angenommen, daß in der Doffentlichkeit die Unsitlichkeit in Paris verhältnißmäßig ebenso stark oder gar noch ausgebreiteter sei als in Berlin — wir wollen den Vergleich hier beibehalten — so sieht Paris doch hinsichtlich der Sitlichkeit der Familien unbedingt höher und besser als London und Berlin. Schon der einzige Umstand, daß die Pariser Familien des Mittel- und Klein-Bürgerstandes nie einen Theil der Wohnung an eine junge Leute vermieten, die dann dadurch fast immer Zutritt in die Familie erhalten, wie dies in Berlin allgemein ist, spricht ungemein für die häuslichen, streng abgeschlossenen Gewohnheiten des französischen Familienlebens. Da, man geht noch weiter in dieser Hinsicht, indem man, um die Selbstständigkeit und Abgeschlossenheit durch Fernhaltung aller fremden Hausgenossen besser wahren zu können, die Dienstmoten so viel als möglich entbehrt, was doch mit vielen Beschwerden für die Familienmitglieder verbunden sein kann. Ganz wohlhabende Familien heissen sich ohne alle Dienstmoten oder mit einer Wartefrau (femme de ménage), gewöhnlich eine ältere Witwe, während dagegen besonders in Norddeutschland Familien Dienstmoten halten, die kaum selbst satt zu essen haben. Berlin zählt bei 625,000 Einwohnern 35,000 Dienstmädchen, während Paris bei 1,700,000 Seelen kaum 50,000 aufweist. Daß dadurch viel Unsitlichkeit von der Familie ferngehalten wird, liegt auf der Hand, ebenso daß dadurch auch die Familienmitglieder mehr zur Arbeit und zum Zuhausebleiben genöthigt werden. Sie langweilen sich darum weniger und trachten deshalb auch nicht so sehr nach Vergnügungen außer dem Hause, wie dies in Deutschland der Fall ist. Nirgends kann man die stützenden Einfluß der Hausarbeit besser betrachten, als in den Familien des Pariser Mittelstandes.

Wo aber Dienstmoten gehalten werden, ist deren Verhältniß zur Herrschaft um Vieles besser als in Norddeutschland, wo selbst derjenige Dienstherr, der seinem Dienstmoten nicht satt zu essen geben kann, diesen letztern von seinem Tische fernhält und in die Küche einsperrt. Der französische Dienstmote gehört sozusagen zu der Familie seiner Herrschaft, die ihn nur annimmt, wenn sie über dessen sitliche Eigenschaften sich hinlänglich versichert hat, wobei natürlich wenig oder nichts auf papierne Zeugnisse, sondern Alles

auf directe Empfehlungen bekannter Personen ankommt. Eine Pariser und überhaupt eine französische Familie wird nie dulden, daß ihre Köchin oder Dienstmagd unter der Hand für stundenlang in wenig anständiger Weise mit ihrem Liebhaber oder Liebhabern verkehrt, wie man dies z. B. in Berlin jeden Abend unter jeder Hausthüre sehen kann. An Zulassung eines Liebhabers ins Haus selbst ist noch weniger zu denken. Uebrigens würde es auch kaum einem Dienstmoten je beikommen, ein solches Betragen zu zeigen. Dazu haben dieselben viel zu bestimmte Begriffe von Ehrbarkeit und Schicklichkeit. Man schließt von dem Betragen und der Haltung der Dienstmoten auf dasjenige der Herrschaft und umgekehrt. Der Dienst bei einer Herrschaft gilt gleichsam als Zeugniß des Wohlverhaltens weiblicher Personen gegenüber denjenigen, die in Fabriken oder sonstwo arbeiten. Nur in öffentlichen Speisehäusern und ähnlichen Anstalten und bei den glänzenden Dinern der Halbwelt findet man unsittliche Dienstmoten.

Heiraten sich Dienstmoten, so geht es ganz so zu, wie in höheren Ständen. Die Bekanntschaft dauert bloß einige Wochen, höchstens zwei bis drei Monate, bis sie in der Heirat ihren Abschluß findet. Natürlich gestatten dann die Herrschaften auch, daß ihre Dienstmoten Besuche empfangen. Bei der Hochzeit eines deutschen Kammermädchens, die längere Zeit bei der Herrschaft gewesen, sah ich die letztere mit zur Kirche gehen, dieselbe lud danach die Gesellschaft zum Festmahl bei sich ein, wobei die Dame des Hauses nicht ihrer Tochter die Gaste bediente. Dies mag, einen Begriff von dem Verhältniß zwischen Herrschaften und Dienstmoten geben. Bei Ausgängen, Theaterbesuchen u. s. w. nehmen die meisten Herrschaften ihre Dienstmoten mit und halten dabei natürlich darauf, daß dieselben entsprechend bekleidet seien. Ein Fremder merkt es kaum, daß er Herrschaften und Dienstmoten vor sich hat. Nirgends habe ich öfters Dienstmoten getroffen, die lange Jahre bei denselben Herrschaften dienen, nirgends kommt es öfters vor, daß solche Dienstmoten, besonders weibliche, die Vertrauenspersonen, sozusagen die Freunde des Hauses sind, als in Frankreich.

Ueberhaupt darf die Wichtigkeit und eigenartige Bedeutung der Stellung nicht verkannt werden, welche die Frau in der Gesellschaft einnimmt. Erzählt auch die vorhin gedachte Anekdote fast nur von den gefallenen Geschöpfen des anderen Geschlechtes, so bleibt es doch eine unumstößliche Thatsache, daß es hauptsächlich die Frauen sind, auf denen in Frankreich der ganze sitliche Halt der Gesellschaft beruht. Und vergesse man dabei nicht, daß nirgendwo mit größerem Rechte als in Frankreich das weibliche Geschlecht schon über die Hälfte aller Töchter von Ordensschwester unterrichtet und erzogen werden, während erst ein Fünftel der männlichen Jugend entsprechende Ordenschulen besucht.

